

Pressemitteilung

„Politik muss angekündigte Reformen zügig und umfassend angehen“

- **Zweite Entgelterhöhung in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie im laufenden Tarifvertrag**
- **Moderate Inflationsrate sorgte bisher für reales Lohnplus**
- **Künftige Verteilungsspielräume in der Papier- und Kunststoffverarbeitung bleiben aufgrund der aktuellen Branchensituation sehr eng**

Berlin, 30.03.26. Die Unternehmen der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie erhöhen zum 1. Mai die Löhne und Gehälter um 2,4 Prozent. Bereits im Juli des Vorjahres wurden die Entgelte um 2,0 Prozent angehoben. Die dritte Stufe der Entgelterhöhung des laufenden Tarifvertrags wird am 1. Januar 2027 mit weiteren 1,1 Prozent folgen.

„Mit den Erhöhungen der Löhne und Gehälter von insgesamt 5,5 Prozent haben die Arbeitgeber beim letzten Tarifabschluss Wort gehalten: Wir stehen auch in herausfordernden Zeiten in der Papier- und Kunststoffverarbeitung zu unseren Beschäftigten. Bei der zuletzt gesunkenen Inflation verblieb bislang ein adäquates Plus im Portemonnaie“, sagte HPV-Präsident und Verhandlungsführer Jürgen Peschel. Inwieweit die aktuellen Krisen und Kriege den Anstieg der Inflationsrate wieder befeuern werden, bleibe abzuwarten, auch wenn die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sein dürfte.

„Trotz des für Arbeitgeber und Arbeitnehmer fairen Tarifabschlusses ist auch für unsere Unternehmen jede zusätzliche Belastung aktuell nur äußerst schwierig zu stemmen. Wir befinden uns weiterhin in einer Rezession, die die Branche fest im Griff hat: Wir haben die Umsatzrückgänge der vergangenen Jahre nicht vollständig kompensieren können. Die Menschen in Deutschland sind durch die vielfältigen Krisen der letzten Zeit stark verunsichert, was sich dauerhaft in einem eher zurückhaltenden Konsumverhalten niederschlägt“, so Peschel.

Auf der Kostenseite sehe es auch nicht besser aus, konstatierte der HPV-Präsident: „Hat bereits der Ukrainekrieg für viele zusätzliche Herausforderungen gesorgt, verschärft der Krieg im Iran und im Nahen Osten die Situation massiv. Die Kosten für Logistik, Energie und die meisten Grundstoffe werden vor diesem Hintergrund weiter anziehen, die Planungssicherheit für die Unternehmen ist schlichtweg nicht mehr vorhanden.“

Deshalb komme es jetzt darauf an, dass die Politik die lang angekündigten Reformen zügig und umfassend angehe. „Der Standort Deutschland ist für viele Unternehmen unserer Branche unattraktiv geworden: Überbordende Bürokratie, eine immense Steuer- und Abgabenlast sowie hohe Energiekosten haben sich zu einem großen und dauerhaften Wettbewerbs- und Standortnachteil entwickelt. Dies führe dazu, dass Betriebsschließungen oder -verlagerungen ins Ausland von nicht wenigen Arbeitgebern mittlerweile als berechtigte Alternative zum Status Quo angesehen werden. Im schlimmsten Fall sorgen auch vermehrte Insolvenzen dafür, dass Arbeitsplätze dauerhaft verloren gehen. Insofern

kommt es jetzt darauf an, dass die Politik endlich die richtigen Signale setzt und die Rahmenbedingungen deutlich verbessert“, forderte Peschel.

Kontakt:

Stefan Rössing, Hauptgeschäftsführer des HPV
T 030 / 24 78 183 10
E stefan.roessing@hvp-ev.org

Wolfram Zabel, Inhaber 74z Consult
T 0151 / 23 45 32 62
E waz@74z.de

Der **Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) e.V.** vertritt als Dachverband von neun regionalen Landesverbänden und einem fachlichen Arbeitgeberverband die Interessen der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie in Deutschland. Als Spitzenverband der Branche verleiht er circa 600 Betrieben mit rund 100.000 Mitarbeitern in sozial- und tarifpolitischen Fragen international und auf Bundesebene eine Stimme. So ist der HPV die arbeitgeberseitige Tarifvertragspartei von Verdi. Außerdem vertritt er die Brancheninteressen in der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).